

LEITARTIKEL

Rheintalbahn

Positive Signale aus Baden

Von Franz Schmider



Der Protest hat sich gelohnt, die markigen Worte vom „zweiten Wühl“, das die Bürger am Oberrhein dem Großprojekt Bahnausbau bescheren wollten, waren keine leeren Drohungen. 172 000 Einwendungen haben die Bürger gegen die Planung formuliert, 22 000 Bürger haben sich den neun verschiedenen lokalen Initiativen fest angeschlossen. Und sie haben die Gunst der Stunde genutzt, als die Turbulenzen um Stuttgart 21 Politiker in Bund und Land aufschreckten. In Baden-Württemberg sollte nicht noch ein Bahnprojekt so die Gemüter erhitzen – also wurden die Weichen im Rheintal neu gestellt.

Dass die Bürgerinitiativen keine Fundamentalopposition betrieben, sondern sachlich und konstruktiv zugearbeitet haben, hat ihnen zum einen viel Respekt eingebracht. Vor allem aber hat es im Ergebnis dazu geführt, dass Viele davon profitieren werden. Das wird ein Verdienst bleiben, das über das Rheintal und den Tag hinaus wirkt. Im Zuge der Diskussion um den Ausbau im Rheintal wurde der sogenannte Schienenbonus gekippt. Der gestand der Bahn mehr Lärm zu als zum Beispiel der Straße. Der Bonus ist weg – und das ist richtig so und ein vernehmbares Signal aus Baden.

Wo immer künftig eine neue Bahntrasse entsteht, gelten nun schärfere Grenzwerte. Davon profitieren Bahnanwohner in Flensburg wie in Passau. Mit dem Modell lärmabhängiger Trassenpreise wurde ein Anreiz geschaffen, mehr in die Wagentechnik zu investieren. Es gibt diese Lösungen. Auch dieses Instrument nutzt nicht nur den Anwohnern zwischen Offenburg und Basel. Drittens wird hier mit einem Standard gebaut, hinter den die Bahn auch bei anderen Projekten nicht zurück kann. Weil ihr die Legitimation abhanden gekommen ist.

Bemerkenswert auch, dass aus der politischen Sackgasse, in der man mit Stuttgart 21 steckte, mit der Einrichtung des Projektbeirates ein Ausweg gefunden

wurde. Der hat mitnichten alle seine Ziele erreicht, er konnte die Lärmwände in Eimeldingen nicht mehr verhindern, auch die Nachbesserung in Weil am Rhein war nicht mehr zu schaffen, im Müllheim/Auggen gibt es noch Konfliktpotenzial. Und im Norden steht der Beweis noch aus, dass die Neutrassierung an der Autobahn nicht zu einer Zusatzbelastung für andere Gemeinden führt. Das Gremium ist rein beratend, es ist in keinem Planungsverfahren vorgesehen, die Umsetzung wird Juristen noch viel Arbeit machen. Dennoch wurde hier Pionierarbeit geleistet. Richtig angewandt und fortentwickelt kann das Verfahren an vielen Orten helfen, Großkonflikte früh zu deeskalieren. Noch ein positives Signal aus Baden.

Wenn in Krisen auch Chancen stecken, dann muss neben der Politik auch die Bahn sie jetzt nutzen, indem sie ihr Planungskonzept überdenkt. Der Dialog mit den Anwohnern muss beginnen, bevor die Ingenieure ins Detail gehen – fertige Pläne auf den Tisch zu legen und beim Abschmettern der Einwände auf das Eisenbahnbundesamt zu bauen, geht nicht mehr. Neue Bahntrassen sind Jahrhundertprojekte, die eine Landschaft prägen und verändern. Der Planungsprozess muss damit beginnen, dass man mit den Menschen die Aufgaben und Ziele absteckt und erst dann ein darauf ausgelegtes Projekt entwickelt.

Eine neue Planungsphilosophie würde auch bedeuten, zuerst die Bedürfnisse zu ermitteln und die Aufgaben zu definieren und daraus einen Fahrplan zu konstruieren, der beides abbildet. Erst dann lassen sich die Anforderungen ableiten, die die Infrastruktur erfüllen muss. Noch geht man den umgekehrten Weg. Aber es ist kein Selbstzweck, dass ein Zug 250 Stundenkilometer schnell fährt, er sollte primär sicher und pünktlich sein und die nötigen Anschlüsse herstellen. Am Katzenbergtunnel sind heute Umplanungen nötig, die vermeidbar waren.

► franz.schmider@badische-zeitung.de



Keine Panik, das ist nur die Deutsche Bank!

ZEICHNUNG: HATZINGER

Lügen und Strafrecht

Wir brauchen keine neue Strafnorm gegen das Verbreiten beunruhigender Gerüchte

Von Christian Rath

Mit seiner aufwühlenden Geschichte von einem toten syrischen Flüchtling hat ein freiwilliger Helfer Berlin einen Tag lang an der Nase herumgeführt. Das ist zwar äußerst ärgerlich – für Behörden, Medien und vor allem die engagierten Helfer, eine Verschärfung des Strafrechts ist aber deshalb nicht erforderlich.

Die falsche Nachricht sorgte für großen Wirbel, weil sie so gut zum Skandal um das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) passte: Ein 24-jähriger kranker Flüchtling, der tagelang vor dem Lageso anstehen musste, sei im Krankenwagen an Herzversagen gestorben, hatte ein Flüchtlingshelfer auf Facebook gepostet. Die Polizei prüfte stundenlang Krankenhäuser und Rettungseinsätze, fand aber nichts. Auf Befragen der Beamten gestand der Helfer schließlich, dass er alles erfunden hatte. Er sei betrun-

ken und in einer psychischen Grenzsituation gewesen. Die Polizei kann in dem Post keine Straftat erkennen. Der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) forderte aber rechtliche Konsequenzen.

Die Lüge an sich ist nicht strafbar. Niemand wird vom Staatsanwalt verfolgt, wenn er abends seine Partnerin anruft, er müsse noch länger arbeiten, dann aber mit Freunden Fußball schaut. Er enttäuscht dabei zwar Vertrauen, doch das ist zurecht kein Fall für das Strafrecht. Manchmal sorgen kleine Lügen sogar für Freude („Sie sehen heute aber gut aus.“)

In bestimmten Fällen können aber auch Lügen strafbar sein. So ist es als Verleumdung strafbar, wenn jemand ehrenrührige Unwahrheiten über andere Personen erzählt. Und wenn jemand mit Lügen zum Hass gegen gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel Flüchtlinge, anstachelt, dann kann das als Volksverhetzung verfolgt werden. Wer einen anderen mit Lügen täuscht, um dadurch einen Vermögensvorteil zu erlangen, begeht einen Betrug. Auch Lügen über vermeintliche

Notlagen werden strafrechtlich sanktioniert. So ist der Missbrauch von Notrufen ebenso strafbar wie das Vortäuschen von Straftaten.

Das alles passt aber nicht auf den Berliner Fall. Hier bräuhete man wohl eine Strafnorm gegen das „Verbreiten falscher beunruhigender Gerüchte“. Würde so etwas in einer Diktatur eingeführt, hätte man kein gutes Gefühl und müsste damit rechnen, dass damit Kritik kriminalisiert werden soll. Aber Deutschland ist ja ein Rechtsstaat, und in Österreich gibt es bereits eine solche Strafnorm.

Fraglich ist eher, ob man wirklich gegen jede Ärgerlichkeit ein Strafgesetz braucht. Eine Nummer kleiner geht es doch auch. Und da gibt es in Deutschland bereits das Verbot „groben Unfugs“. Das ist seit 1974 keine Straftat mehr, sondern nur noch eine Ordnungswidrigkeit. Wenn man also – trotz Alkohol und psychischer Ausnahmelage – überhaupt eine Sanktion für den Helfer braucht, dann könnte so eine Geldbuße bis 1000 Euro gegen ihn verhängt werden.

Die Metastasen des Islamischen Staats in Libyen

Die USA planen offenbar einen Militäreinsatz gegen die Terrormiliz / Diese profitiert vom fortdauernden Chaos im Land

Von Martin Gehlen

Nicht nur Brüssel, auch Washington wird langsam nervös. Man sei extrem beunruhigt über die „Metastasen des IS in Libyen“, erklärte diese Woche das Pentagon. Zusätzlich zu Syrien und Irak wollen die US-Generäle in den nächsten Wochen offenbar eine dritte Front gegen die Terrormiliz eröffnen und die Gotteskrieger auch in Nordafrika angreifen. Man prüfe verschiedene Optionen für eine „entschiedene militärische Konfrontation“, hieß es im US-Oberkommando. Eine amerikanische Spezialeinheit ist bereits in dem Mittelmeerrainier aktiv, um Kontakt mit örtlichen Milizen aufzunehmen und die Lage insgesamt zu erkunden.

Frankreich, Großbritannien und die ehemalige Kolonialmacht Italien werden ebenfalls mitbomben, wie ihre Regierungen nach algerischen Medienberichten Libyens Grenzernachbarn Algerien und Tunesien mitteilten. Französische Aufklärungsflugzeuge operieren bereits am Himmel über Libyen, dessen Diktator Muammar al-Gaddafi nach einem achtmonatigen Bürgerkrieg und massiven Nato-Luftschlägen im Oktober 2011 seine Macht und sein Leben verlor. Auch Deutschland schließt nach den Worten von Verteidigungsministerin Ursula von

der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier nicht aus, Bundeswehrsoldaten „zur Stabilisierung des Landes“ nach Libyen zu schicken.

Berlin denkt nicht an einen Kampfeinsatz gegen den Islamischen Staat (IS). Seine Truppen sollen stattdessen den libyschen Sicherheitskräften helfen, Recht und Ordnung wiederherzustellen, sobald sich die politischen Kontrahenten auf eine Regierung der Nationalen Einheit geeinigt haben. Doch danach sieht es nicht aus. Die Mission des US-Libyenvermittlers und deutschen Diplomaten Martin Kobler erlitt diese Woche einen schweren Rückschlag, weil die verfeindeten Parlamente in Tripolis und Tobruk die in monatelanger Kleinarbeit ausgehandelte Einheitsregierung ablehnten und niederstimmten.

Die international anerkannte Volksvertretung in Tobruk stört vor allem, dass ihr Verteidigungsminister General Khalifa Haftar keinen Platz mehr am gesamtlibyschen Kabinetttisch haben soll. Haftar gilt als Scharfmacher und trägt erhebliche Mitverantwortung für die innere Polarisierung des Landes, seit seine Truppen in Benghazi gegen islamistische Milizen vorgehen und dabei die halbe Stadt in Schutz und Asche legten. Der politische Versöhnungsprozess sei langsamer als die Expansion des IS, kommentierte der UN-Ge-

sandte Kobler den diplomatischen Kollaps, für den er „bestimmte Persönlichkeiten“ verantwortlich machte. Ähnlich frustriert reagierte auch das Parlament der EU, deren Nationen sich von der neuen Terrorbastion auf libyschem Boden, 400 Kilometer von seinen Küsten entfernt, mehr und mehr bedroht fühlen. Brüssel kündigte an, man werde gegen die Quertreiber auf beiden Seiten Sanktionen und Einreiseverbote verhängen. Dorn im Auge sind den Europäern vor allem Parlamentspräsident Nouri Abusahmain und Regierungschef Khalifa al-Ghwell in Tripolis sowie Parlamentspräsident Aguila Saleh in Tobruk.

Der IS schafft Fakten

Von dem fortdauernden Chaos profitieren vor allem die Fanatiker des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi, die ihre Macht vis-à-vis von Europa immer weiter ausbauen. 3000 Kämpfer sollen sich der Terrormiliz bereits angeschlossen haben, der Zustrom aus Tunesien, Marokko und Ägypten ist ungebrochen. Alle Attentäter der drei Angriffe auf Touristen und Wachsoldaten des Präsidenten in Tunesien waren in Libyen ausgebildet

worden. Mitte der Woche verhaftete die algerische Polizei auf dem Flughafen von Algier Hunderte junger marokkanischer IS-Rekruten, die auf der Durchreise nach Tripolis waren. Danach stellte Algerien sofort seinen Flugverkehr mit dem zerfallenen Nachbarstaat ein.

Nach Einschätzung des EU-Antiterrorkoordinators Gilles de Kerchove könnten demnächst auch hohe IS-Kommandeure aus dem Irak und Syrien in Libyen Zuflucht suchen, „weil es dort bisher keine Luftangriffe gibt und keine funktionsfähige Regierung“. Der 400 Kilometer lange Küstenstreifen von Muammar Gaddafis Geburtsstadt Sirte bis ins östliche Ajdabiyya steht bereits weitgehend unter Kontrolle der Extremisten. Hier wird der Großteil der Ölförderung Libyens verladen, deren Profite die Terrormiliz gerne in ihre eigene Kriegskasse lenken würde.

Bei Gefechten um die Verladeanlage von Ras Lanuf schossen die Gotteskrieger kürzlich vier der riesigen Speicher mit insgesamt zwei Millionen Barrel Rohöl in Brand. Einen IS-Angriff von See her auf das Ölterminal von Zueitina konnten Wachmannschaften zunächst einmal zurückschlagen. „Die Terroristen schaffen Fakten und rauben dem libyschen Volk immer mehr von seinem Territorium“, warnte UN-Diplomat Kobler, „während die Politiker nach wie vor diskutieren.“

PRESSESTIMMEN

Vergiftung des Klimas

Der „Münchener Merkur“ zu Moskaus Äußerungen über die angebliche Vergewaltigung in Berlin: „Moskaus Zündeleien im verworrenen Fall eines angeblich von Migranten vergewaltigten 13-jährigen deutsch-russischen Mädchens (...) lassen Schlimmes befürchten. Das Vorgehen (...) zielt auf die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas in Merksels verworrenem Flüchtlings-Deutschland. Auf die Instrumentalisierung der Russland-Deutschen. Und auf die Stärkung der Rechten.“

Linkes Gewissen

„Der Standard“ aus Wien kommentiert den Rücktritt der französischen Justizministerin Taubira: „Hollande dürfte fürs Erste erleichtert sein, seine widerspenstige Justizministerin los zu sein. Schließlich fährt der sozialistische Staatschef (...) im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2017 einen Rechtskurs. Dazu gehört (...) ein hartes Auftreten in der Terrorbekämpfung. Der neue Kurs birgt für Hollande aber auch langfristig Gefahr: Taubira (...) war in gewissem Sinne sein linkes Gewissen. Ihre Demission beraubt den Staatspräsidenten einer wichtigen Rückendeckung in seinem eigenen Lager.“